

Rheinberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis

Der monatliche Geschäftspreis für den Abholerellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Eburnann



Druck und Verlag
E. Eburnanns Buchdruckerei,
Rheinsberg.

Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-gestaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 73

Fernsprecher

Donnerstag, den 22. Juni 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

Mißbrauch des Arbeitsamtes

Der Auszug der deutschen Delegation aus der Genfer Arbeitskonferenz ist ein Protest gegen den Mißbrauch, den die Vertreter der Amsterdamer Internationale mit der internationalen Arbeitsorganisation getrieben haben, indem sie diese Organisation als Tribüne für ihre Propaganda und als Anknüpfungspunkt ihrer Klassenkampfbestrebungen benutzten.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf ist nach dem Verbot geschaffen worden, um entsprechend der erhöhten Bedeutung der Sozialpolitik darauf hinzuwirken, daß in allen Ländern ein Mindestmaß an Schutz der menschlichen Arbeitskraft geschaffen und fortwährend ausgebaut wird. Deutschland, dessen soziale Einrichtungen seit Jahrzehnten einen hohen Stand erreicht hatten, der für andere Industrieländer vorbildhaft war, konnte von dem Internationale Arbeitsamt besondere Anregungen mehr erwarten, wohl aber der Welt seine großen Erfahrungen zur Verfügung stellen.

Die politischen Verhältnisse beim Kriegsende brachten es mit sich, daß die sozialistische, zur Zweiten Internationale gehörende Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ihren Anfang an im Genfer Arbeitsamt die uneingeschränkte Vorkonferenz erhielt, die sie in richtiger Weise zur Durchführung aller anderen Richtungen zunächst der schriftlichen und später auch der tatsächlichen Arbeitervertreter betraute. Insbesondere im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nahmen die Amsterdamer sämtliche sechs ständigen Mitglieder ein. Seit der Beteiligung des schweizerischen Mitglieds ergaben sich jedes Jahr auf der Internationalen Arbeitskonferenz dadurch Zwischenfälle, daß die Amsterdamer das Mandat der internationalen Vertreter bestritten und sich nach sonst politisch propagierten. Erst nach jahrelanger Mühe konnte die italienische Delegation eine Veränderung der Geschäftsordnung der Konferenz durchsetzen, die die gleiche Wiederholung des gleichen Klassenkampfes propagandistisch unmöglich machte. Ebenso hat Italien die Sicherungen für die Berücksichtigung der nichtmarxistischen Arbeitervertreter erreicht.

Es war vorzuziehen, daß gegen Deutschland die gleiche Methode der Anrechnung einwirken würde. Schon vor der Umbildung des deutschen Gewerkschaftswesens wurde der französische Gewerkschaftsführer Souharz im Amt d. S. im Verwaltungsrat eine tendenziöse Erörterung der Vorgänge in Deutschland herbeizuführen.

Nach diesem Zustand mußte man sich bei dem Zusammenbruch der internationalen Arbeitskonferenz auf weitere Schritte der internationalen Marginalien gefaßt machen. Was über in den letzten Tagen in Genf abgelaufen hat, hat die Konferenz der Marginalien die Marginalien bezüglich der Konferenz mitкоммунікаціонellen Gelegenheiten ihren Vorkonferenz den Nationalismus und den Sozialismus ausstoßen zu lassen. Gleich in der ersten Sitzung der Arbeitergruppe sind wie aus amtlichen Mitteilungen der deutschen Abordnung hervorzugehen, überaus schwere Beleidigungen gegen die deutschen Arbeitervertreter gefallen, ohne daß der Vorsitzende der Gruppe für nötig gehalten hätte, die deutschen Arbeitervertreter von den Verunglimpfungen und Anpöbelungen in Schutz zu nehmen. Nicht genug damit, hat man den deutschen Delegationen auf den sogenannten offiziellen Tagungen der Arbeitergruppe der Konferenz den Zutritt brüskellig verweigert. Die Mitgliedschaft dieser unehrenhaften Beleidigung der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit, haben sich die deutschen Vertreter weigern, die Konferenz zu verlassen. Sie werden solange den Verhandlungen fern bleiben, als den deutschen Delegationen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden durch die Konferenzleitung nicht abgeholfen werden kann.

Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht gewillt, sich die unbilligste Behandlung ihrer Vertreter durch die Amsterdamer Internationale bieten zu lassen. Gelegenheit einer von über 15 000 Personen bezeugten Generalmitgliederwahl am 25. Juni in der Gruppe der Berliner Verkehrsvereine, die gegen die Verhaftung in Genf auf das schärfste Einspruch erhoben. Gegenüber der Unterstellung in Genf, daß der Führer der deutschen Arbeiterfront, Dr. Ley, nicht berechtigt sei, die deutsche Arbeiterklasse zu vertreten, wurde an das Internationale Arbeitsamt ein Telegramm abgefaßt, das beflagt, daß das Deutsche Reich von heute das nationalsozialistische Deutschland, das arbeitende Deutschland ist. Ferner wurde an die deutschen Arbeiterdelegationen in Genf ein Telegramm abgefaßt, das das Vertrauen der 15 000 in Berliner Sportplatz versammelten Arbeiter und Angestellten der W.B. im Ausdruck bringt. Außerdem werden die Berliner Arbeiter am heutigen Mittwoch in einer großen Massen demonstration im Lustgarten gegen die Behandlung der deutschen Arbeitervertreter in Genf und gegen die internationale sozialistische Hege Einwirkung erheben.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die deutschen Arbeitgeber der Genfer Hege die ins Ausland geschickten SPD-Führer sind, Reichsminister Dr. C. o. b. d. e. hat das schuldige und verbrecherische Treiben die Landes- und Arbeitervertreter in seiner Rede vor den Reichstagen gebührend gebrandmarkt. Es gäbe, lo erlaube es, nichts Schimpflicheres als ein Emigrantenamt, das den Zustände aus die deutschen Arbeiter auffordere, das zu

tun, wozu die Führer selbst zu feige seien. „Wir lassen uns“, so sagte der Minister weiter, „von niemand in der Führung und Hilfsbereitschaft für den Arbeiter überreifen. Wir haben die bestehenden Arbeiterorganisationen unmittelbar an den Staat angeschlossen und haben zugleich ein großes korporatives Verfassungswert in Angriff genommen. Die Regierung der nationalen Revolution hat ein Programm, und den Willen und die Energie es durchzuführen. Sie will dem Deutschen nicht nur seine Ehre, sondern auch sein Brot gewährleisten.“

Wien im Marnzustand

Zwiespalt im Kabinett Dollfuß

Wien, 21. Juni.

Die österreichische Hauptstadt gleicht nach dem von der Regierung Dollfuß ausgeprochenen Verbot der NSDAP, der SA und SS sowie des Vaterländischen Schutzbundes einem im Tiefen brodelnden Vulkan, von dem man nicht weiß, wann und wohin er seine Entladung spendieren wird. Im Herzen der ruhigen und besorgten Bürger brodeln böse Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen. Man weiß nicht recht, ob man der Stärke trauen soll, die sich in den Behörden kumbuzum scheint.

Das Straßenbild ist kaum verändert, zumal der Polizeidienst der letzten Zeit ohnehin verflücht war. Nur um die Universität ist ein starker Polizeifordern gelegt, da man hier offenbar von der sehr aktiven deutsch-österreichischen Jugend, die selbst nach der Wabnahme der Genfer der Nationalsozialisten überwiegend in deren Lager steht, zuerst Aufhebung befristete.

Die Schließung der Parteilokale der Braunen Häuser, SA- und SS-Bezirkslokale, der Büchertellen usw. ist in schon lange erfolgt.

Die Häuser sind polizeilich besetzt und größtenteils erneuert durchsucht worden. Die Durchsuchungen erstrecken sich jetzt auch auf die Verlags- und Redaktionsgebäude, die bisher freigeblieben sind. Alle Werbemittel, wie Flugblätter, Broschüren und dergleichen, wurden beschlagnahmt.

Ueber eine Vermögensbeschlagnahme ist noch nichts bekannt. Da die Räume aber verriegelt sind, ist der Partei ohnehin die Verfügung über das Vermögen entzogen. Die nationalsozialistischen Zeitungen sind verboten.

Fürst Starckenberg, der die einmaltig wirkliche mächtige Heimwehrbewegung durch seine Zugsatzpolitik bis zur fast völligen Bedeutungslosigkeit manövriert hat, hält seine Zeit jetzt für gekommen. Er erläßt einen in der üblichen Tonart gehaltenen Aufruf, in dem er Führerbereitschaft anordnet und verlangt, daß von dem selbstverständlichen, gesetzlich gewährtesten Rechte der „Notwehr“ rückstichlos Gebrauch gemacht werde. Sicherheitsminister Fey, der einzige Minister der Heimwehr, kündigt in einem Zeitungsartikel an, daß zahlreiche nationalsozialistische Führer in Haft gesetzt würden. Man darf gespannt sein, was die Regierung Dollfuß in ihrer Gelamtheit zu dem Starckenbergischen Aufruf sagen wird.

Im übrigen wird bekannt, daß der Antrag auf Verbot der NSDAP, im Ministerium der Sicherheitsminister Fey genehmigt worden ist. Die einstimmige Annahme wurde nur dadurch erreicht, daß sich die Ministerialräte, Innenminister Schung und Sozialminister Kerber der Stimme enthielten, um die bereits erörterte Frage der Kabinettsdemission nicht auf werden zu lassen.

Eine weitere Frage, die aber im letzten Ministerrat noch nicht entschieden worden ist, betrifft die Mandate der nationalsozialistischen Abgeordneten in den Landtagen und im Bundesrat. Nach Auffassung der österreichischen Regierung können diese Mandate annulliert werden. Die damit zusammenhängenden verfassungsrechtlichen Fragen sollen noch geklärt werden.

Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, erstreckt sich die unmittelbare Wirkung der politischen Betätigung der österreichischen NSDAP, auch auf die

Unterlassung jeder parteipolitischen Tätigkeit im nationalsozialistischen Sinne

auf die Auflösung der Parteiorganisationen, auf Unterbindung jeglichen Verkehrs in den Vereinslokalitäten, auf Unterlassung der Verwendung von Papier und Stempeln mit Parteiaufdrucken und auf das Tragen von Parteibezeichnungen.

Zwiderhandlungen gegen das Verbot der SA, der SS, der NSDAP, und des Vaterländischen Schutzbundes werden mit 2000 Schilling Geldstrafe oder mit Arrest bis zu sechs Monaten oder mit beiden Strafen belegt. Auch der Versuch einer Zwiderhandlung ist strafbar.

Kennzeichnend für den Marnzustand, in dem sich Österreich befindet, sind auch die vielen Gerüchte, die in Wien umlaufen. So ist von weiteren Anschlägen die Rede; u. a. wurde die Holzbrücke über die Füllgebahn Wien-Kaltenleutgeben südlich von Wien bei einem Sprengstoffanschlag beschädigt. Festzustellen ist jedoch, daß der größte Teil der Attentatsmeldungen von den Behörden inzwischen als falsch gekennzeichnet worden ist.

In der Systempresse finden die Maßnahmen der Regierung Dollfuß natürlich Zustimmung. Aber es ist keine reine Freude; sie wird getrübt durch den Umstand, daß das Beweismaterial für die Schuld der Nationalsozialisten an den Anschlägen von beispielloser Dürftigkeit ist, daß offenbar falsche Zeugenausagen vorliegen und bisher auch nicht einem der führenden österreichischen Nationalsozialisten ein nur looser Zusammenhang nachgesagt werden konnte.

Beschämend ist, daß die „Neue Freie Presse“ es fertiggebracht hat, der „Hoffnung“ Ausdruck zu geben, das Ausland möge begreifen, wie sehr Oesterreich nicht nur sympathischer Worte, sondern auch aktiver Handlungen bedürfe. (1) Der kommunistische „Abend“ will wissen, daß für bestimmte Gebiete die Verhängung des Standrechts geplant sei.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der NSDAP, ist die Nachricht recht interessant, daß bei einer kleinen ganz zwanglosen Sonnwendfeier in Schönbrunn in den allerletzten Tagen, als die Belästigung der Nationalsozialisten mit allen Störungsversuchen und Anschlägen bereits allgemein war, 158 Beitrittserklärungen zur NSDAP, erfolgten.

Verhaftungen in Krems

Die Bezirksleitung der Nationalsozialistischen Partei in Krems ist verhaftet worden. Die Verhafteten, insgesamt 18 Personen, wurden in Militärkraftwagen unter starker militärischer Bedeckung nach Wien in das Landesgericht gebracht.

Außerdem verhaftete die Polizei einen 18jährigen Lehrling Joseph Mofel, der beschuldigt wird, die beiden zusammengebundenen Handgranaten gegen die Hiltzspolizei geworfen zu haben. Die dritte Handgranate soll ein 17jähriger geworden haben, der noch gesucht wird. Wie es heißt, hat Mofel die Handgranaten von seinem Bruder Hans, der der Garnison Krems angehört, erhalten. Hans Mofel soll Zeuge des Anschlags gewesen sein und den Tätern Zuweisungen gegeben haben.

In einer Verlautbarung des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich wird Joseph Mofel als 21jähriger Handelsangestellter aufgeführt und als Haupttäter bezeichnet. Weiter heißt es in diesem Bericht, Joseph Mofel sei „Schärführer der nationalsozialistischen Pionierkürns 749 und habe ein Geständnis abgelegt.“ Der zweite Mann, der an dem Anschlag beteiligt gewesen sei, sei ein „SA-Mann Adolf Weidelsbaum.“

Das Befinden der im Kranenhaus befindlichen 17 Verletzten ist zufriedenstellend, einige dürfen bald der Pflege der Militärärzte übergeben werden. Auch der Zustand der vier Schwerverletzten wird als relativ gut bezeichnet. Die Wunden der Verletzten stammen alle von Sprengstücken der explodierten Handgranaten.

Das Echo in Deutschland

In Berliner politischen Kreisen hat das Verbot der NSDAP, in Oesterreich keine besondere Ueberraschung ausgelöst. Die Vorgänge der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Regierung Dollfuß seit langem auf dieses Ziel hinarbeitete. Ohne Beweise dafür zu erhalten, sind von österreichischer Seite die Anschläge, die sich in letzter Zeit ereigneten, den Nationalsozialisten zur Last gelegt worden, um auf diese Weise Maßnahmen gegen die Partei ergreifen zu können.

Die österreichischen Nationalsozialisten haben ihrerseits demgegenüber wiederholt mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie mit den Attentaten nichts zu tun haben und jede Illegalität aufs schärfste mißbilligen.

Wenn sich die österreichische Regierung trotzdem dazu entschlossen hat, der NSDAP, jede Betätigung in Oesterreich zu untersagen und die nationalsozialistischen Formationen aufzulösen, so muß ihr die Verantwortung für dieses Verbot überlassen bleiben, dessen Folgen nicht abzusehen sind.

Der Vormarsch der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich wird allerdings auf diesem Wege nicht anzuhalten sein.

So schreibt denn auch die nationalsozialistische „Kleine Tagespost“ auch in den kritischsten Stunden, daß Maßnahmen wie das Verbot der SA, ebenso wie einst in Deutschland nur dazu angetan seien, die nationalsozialistische Welle noch zu stärken.

Man solle lieber, wenn man Oesterreich die innere Ruhe wiedergeben wolle, die Nationalsozialisten entsprechend ihrer Stärke an der Regierung beteiligen.

Protest des deutschen Volksrats

Der deutsche Volksrat für Oesterreich, die überparteiliche Organisation aller nationalen Parteien, Verbände und Gruppen, hat einen Aufruf erlassen, in dem er schärfsten Protest wegen des Vorgehens der Regierung gegen die NSDAP, und den deutschösterreichischen Heimatschutz erhebt und die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen verhafteten Führer der NSDAP, und des heimatschutzlichen sowie die Freigabe der Parteizeime und die Zurücknahme des Zugehörigkeitsverbotes verlangt.